

Steffen Mau

Auf dem Weg in die Ungleichheitsgesellschaft?

»A rising tide lifts all boats«, diese Formel besaß in vielen westlichen Gesellschaften bis weit in die 80er Jahre Überzeugungskraft: Wachstum komme, wenn nicht allen, so doch den Meisten zugute. Inzwischen ist der Glaube daran abhanden gekommen. Nicht nur, dass Wachstum ausblieb und etliche Volkswirtschaften ökonomisch absackten, es mehren sich auch die Zeichen dafür, dass eine ausgeglichene Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen immer schwerer zu erreichen ist.

Steffen Mau

(* 1968) ist Professor für politische Soziologie an der Universität Bremen. Sein jüngstes Buch *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?* erschien 2012 in der *edition suhrkamp*.

smau@bigsss.uni-bremen.de



Bis weit in die 80er Jahre galt das Verteilungsproblem als weitgehend gelöst. Inzwischen aber hat die Ungleichheitsthematik wieder an Brisanz gewonnen. Die Polarisierung bei Einkommen und Vermögen schreitet voran. Die beiden großen OECD-Studien *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries* (2008) und *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising* (2011) haben deutlich gemacht, dass die Ungleichheitsschere in der westlichen Welt aufgeht. In den englischsprachigen OECD-Ländern, wie den USA und Großbritannien, begann diese Entwicklung bereits in den 70er Jahren, spätestens seit den 90er Jahren hat sie aber auch auf Länder mit einer traditionell eher ausgeglichenen Verteilungsstruktur übergriffen, so etwa Dänemark, Schweden oder Deutschland. Die Muster gleichen sich: Die Spitzen der Einkommenshierarchie gewinnen, der »Rest« kriecht hinterher oder fällt sogar zurück.

In Deutschland gab es über die gesamte Dekade von 1999 bis 2009 betrachtet einen (kleinen) Zuwachs bei den verfügbaren Realeinkommen der Haushalte von 3 %. Bei 80 % der Bevölkerung kam diese Stei-

gerung aber nicht an, am unteren Ende der Einkommenshierarchie gab es reale Einkommensverluste. Die obersten 10 % der Einkommensbezieher hingegen konnten ihr Realeinkommen um 17 % steigern. Hauptursache für diese asymmetrische Entwicklung ist das wachsende Gefälle zwischen hoch qualifizierter und gering qualifizierter Arbeit. Durch technologische Neuerungen stieg die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften, während weniger qualifizierte Arbeitnehmer das Nachsehen hatten. Auch die Schwächung gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht traf vor allem diese Gruppen, da sie auf kollektive Interessenvertretung und tarifliche Sicherung stärker angewiesen sind als die hoch Qualifizierten: Diese können zur Verbesserung ihrer Einkommen eher auf individuelle Marktmacht setzen. Weiterhin gibt es privatwirtschaftliche Beschäftigungsfelder, die sich deutlich vom allgemeinen Einkommensniveau absetzen konnten, so in der Finanz- und Versicherungswirtschaft oder der IT-Branche.

Was die jüngeren Entwicklungen angeht, so gibt es durch den relativ starken Beschäftigungszuwachs nach 2005 und bessere Tarifabschlüsse in den letzten zwei Jahren moderate Steigerungen bei den Realeinkommen der bundesdeutschen Haushalte, die nun offensichtlich auch bei den unteren Gruppen ankommen. Ebenso ist die Ungleichheit der Haushaltseinkommen leicht gesunken. Anders als in den USA und anderen Ländern sind die unteren und mittleren Einkommenssegmente hier-

zulande im Zuge der Krise nicht massiv abgerutscht. Vielmehr gab es durch die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise Einbrüche bei den Kapitaleinkünften der wohlhabenden Gruppen und Druck auf Arbeitnehmer mit einem hohen Anteil an variablen und erfolgsabhängigen Gehaltsbestandteilen, in aller Regel sehr gut bezahlte Gruppen. Dies hat als eine Art befristete Kappung gewirkt. Es ist zu bezweifeln, dass damit das schon länger fortschreitende Zurückbleiben der Mitte hinter den Spitzen wieder kompensiert werden kann. So ist jetzt schon abzusehen, dass es erhebliche Erholungsgewinne bei den oberen Einkommensgruppen gibt, und dass die Aufwärtsbewegung bei den Einkommen der arbeitnehmerischen Mitte ins Stocken gerät. Zudem hat sich das Jobwachstum der letzten Jahre, welches die Einkommen der Haushalte verbesserte, verlangsamt. Dagegen ist die Spreizung der Arbeitseinkommen durch größere Unterschiede in der Entlohnung zwischen qualifizierten Beschäftigten auf der einen Seite und niedrig Qualifizierten und atypisch Beschäftigten auf der anderen ein anhaltender Trend. Angesichts des bekannten Ursachenbündels für die Entstehung von Ungleichheit ist also letztlich eher von einem Zwischenhoch denn von einer einsetzenden Trendumkehr auszugehen.

Verschiebung in der Sozialordnung

Vergleicht man nun die Arbeits- mit den Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Zeitraum 2000 bis 2007, so sind die Gehälter um gerade einmal 11 % angestiegen (unter Berücksichtigung der Inflation fielen sie sogar), die Gewinne aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit aber um 43 %. 2008/2009 gab es für letztere zwar die schon angesprochene Delle, aber inzwischen setzt sich das Wachstum wieder fort. Die Globalisierung hat hier einseitig zugunsten der Kapitaleseite ge-

wirkt – da Kapital weitaus mobiler ist als der Faktor Arbeit –, und somit einen Standortwettbewerb um das günstigste Investitionsklima erzwungen, dem sich auch die Arbeitnehmerseite nicht entziehen konnte. Ein gutes Stück der Lohnkonzessionen (und auch des Beschäftigungszuwachses) des letzten Jahrzehnts geht auf diese Art des Unterbietungswettbewerbs zurück. Dementsprechend ist die Brutto Lohnquote (strukturbereinigt), also der Anteil der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung am Gesamteinkommen, seit Mitte der 90er Jahre von 73,5 auf 64,7 % gesunken. Die Vermögenseinkünfte als Teil der Haushaltseinkommen sind demgemäß von 26,5 auf 35,3 % gestiegen, was so viel bedeutet, dass Vermögenseinkünfte in ihrer relativen Bedeutung für die Einkommenssituation der bundesdeutschen Haushalte wichtiger werden. Wir entfernen uns damit von einer vorrangig durch ungleiche Erwerbseinkommen strukturierten Gesellschaft zu einer stärker auf Besitz von Vermögen gegründeten Sozialordnung. Dabei ist zu bedenken, dass der Zugang zu Erwerbseinkommen über Arbeit erfolgt, während große Vermögen sich vor allem auf Erbschaften, unternehmerische Tätigkeit, Gewinne aus Kapitalanlagen und Immobilien sowie Heirat gründen.

Vermögen sind allerdings deutlich ungleicher verteilt als Einkommen. Der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht hat eine als dramatisch zu bezeichnende Entwicklung aufgezeigt. Zwar hat sich das private Nettovermögen von 1992 bis 2012 von 4,6 Billionen auf rund zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt, aber zugleich verschärfte sich auch die Vermögenspolarisierung. Von 1998 bis 2008 vergrößerte sich der Vermögensanteil der obersten zehn Prozent von 45 auf 53 % des Nettovermögens, während sich der Anteil der untersten 50 % von 4 auf 1 % verringerte. Mit der schwächelnden Lohnentwicklung in den unteren und mittleren Bevölkerungssegmenten wird die Vermögensbildung dieser Gruppen weiter

erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Vor dem Hintergrund der geringen Besteuerung von Kapitaleinkünften, der steuerlich schwachen Belastung von Vermögensübertragungen in Familien (v.a. der Erbschaften) und dem Verzicht auf die Besteuerung von Vermögen ist mit einem langfristigen Kumulationseffekt zu rechnen. Sofern kein politisches Gegenrezept greift, verstärken sich die Ungleichheiten in der Anfangsausstattung immer weiter, die Vermögenden und die große Masse derer mit wenig oder gar keinem Vermögen driften zunehmend auseinander.

Die Politik hat diese Entwicklung nicht gebremst, im Gegenteil, sie hat höhere (und ganz hohe) Einkommen und Vermögen sukzessive entlastet, während die steuerlichen Lasten in der Mitte kaum geringer wurden. Während bei den Einkommen der Spitzensteuersatz schon bei Einkommen der besseren Mittelschicht greift, so ist die Kapitalertragssteuer einheitlich auf 25 % festgesetzt, egal wie hoch hier die Erträge sind. Die bei Erwerbseinkommen greifende Logik der Progression, wonach die Starken stärker beteiligt werden sollten, kommt hier nicht zur Anwendung. Generell kann man sagen, dass die Politik ganz wesentliche Instrumente zur Herstellung einer ausgeglichenen Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen nach und nach aus der Hand gegeben hat. Wachsende innergesellschaftliche Ungleichheiten sind daher nicht nur Ausdruck größerer Produktivitätsgefälle, sondern auch einer marktliberalen Entlastungsideologie, welche die Spitzen zu belohnen suchte und Ungleichheit als Voraussetzung wirtschaftlicher Dynamik verstand. Selbst die sozialdemokratische Programmatik des Dritten Weges hat die Ungleichheitsfrage als eher nachrangig gesehen, da man befürchtete, dass hohe Steuersätze bei besonders leistungsfähigen Gruppen auf Widerstand stoßen würden. Weit bedeutsamer war eine Neuausrichtung auf investiv orientierte Sozialpolitik und Beschäftigung unter der

Annahme, dies bilde eine ausreichende Basis für gesellschaftliche Integration.

Mit gravierenden Asymmetrien der Verteilung entstehen auch zunehmende Zielkonflikte zwischen Ungleichheit und wirtschaftlichem Wachstum, da eine große Ungleichheit die Effizienz von Märkten behindern und weitere Folgeprobleme hervorrufen kann, so Joseph Stieglitz. Beispielsweise fließen die Reichtumszuwächse überproportional in die Finanzmärkte, was diesen Bereich übermäßig aufbläht. Ohne Einkommensgewinne in der Breite sinkt die Konsumnachfrage und damit das Wachstum, zugleich steigt die Neigung zum Konsum auf Pump. Schließlich gilt auch, dass derartige Ungleichheiten die Marktprinzipien selbst unterminieren können, so wenn Wettbewerbsvorteile bzw. -nachteile auf Dauer gestellt werden und das Prinzip des fairen Wettbewerbs ausgehöhlt wird. In der Generationenfolge führt das zu einer zunehmenden Vererbung von Statuspositionen, so dass die Zufälligkeit der Geburt größeres Gewicht gegenüber eigenen Anstrengungen und Leistungen erhält. Zumindest was die oberen und die unteren Statuspositionen der Gesellschaft angeht, kehren dann quasifeudale Strukturen ständischer Schließung zurück. Die segensreiche Wirkung von Ungleichheit als System von Anreizen und der meritokratischen Verteilung von Ressourcen und Positionen hätte sich dann ins Gegenteil verkehrt. Noch sind wir von US-Verhältnissen weit entfernt. Wahr ist aber auch, dass eine sich öffnende Schere ungleicher Vermögen und Einkünfte nur sehr schwer wieder zu schließen ist. Daher kann man die Frage der Ungleichheit nicht einfach den Märkten überlassen, sondern muss politisch adressiert werden. Die Ungleichheitsgesellschaft von heute braucht Verteilungspolitik, um ökonomische Effizienz, Fairness und ein breites Angebot an Lebenschancen miteinander in Einklang zu bringen. Der Markt alleine kann dies nicht. ■